



Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Sozialpolitischen Ausschusses
Herrn Dr. Peter Enders, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

Landtag Rheinland-Pfalz

- Vorlage 16/5621 -

- zu Vorlage 16/5227 -

DIE MINISTERIN

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

21. Juli 2015

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
PuK		Dagmar Rhein-Schwabenbauer Dagmar.Rhein@msagd.rlp.de	06131 16-2415 06131 1617-2415

43. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 14. Juli 2015

hier: TOP 3

Organspende in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion der SPD, Vorlage 16/5337

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Enders,

anlässlich der Erörterung des oben genannten Tagesordnungspunktes in der 43. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 14. Juli 2015 hat das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie zugesagt, den Mitgliedern des Ausschusses den Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Dieser Zusage komme ich gerne nach.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Bätzing-Lichtenthäler

- 1 -



Aktenzeichen 631-2

2307

Mainz, den 8. Juli 2015

Dr. Klaus Jahn, ☎ 06131 16-

Sprechvermerk

43. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 14. Juli 2015
hier: TOP 3

Organspende in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der SPD, Vorlage 16/5227

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Enders,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

parallel zum Antrag der SPD-Fraktion ist die Landesregierung ihrer Berichtspflicht hinsichtlich der Ausführung des Beschlusses des Landtages vom 15. Oktober 2014 zum Thema ‚Organspenden und Organtransplantationen in Rheinland-Pfalz fördern‘ (Drucksache 16/4029) nachgekommen und hat dem Landtag einen Bericht über die Entwicklung von Organspende und Transplantation in Rheinland-Pfalz vorgelegt. Der Bericht wurde zwischenzeitlich als Drucksache 16/4983 veröffentlicht. Die Landesregierung wird regelmäßig - in zweijährigen Abständen - diesem Berichtsauftrag nachkommen.

Ich beziehe mich im Folgenden auf die Kernaussagen des Berichts:

Die Landesregierung war in den vergangenen Jahren in vielen Themen engagiert, um die Organspende weiter zu fördern. Drei Bereiche möchte ich herausgreifen:

1. Maßnahmen infolge der Manipulationsfälle bundesweit,
2. Unterstützung der Transplantationsbeauftragten,
3. Initiative Organspende.



1. Maßnahmen infolge der Manipulationsfälle bundesweit

Im Jahr 2012 haben Bund und Länder gemeinsam mit der Selbstverwaltung unverzüglich auf die bekannt gewordenen systematischen Manipulationen an einzelnen deutschen Transplantationszentren reagiert. Ein zwingend erforderlicher Aufklärungsprozess wurde in Gang gesetzt, ein Maßnahmenbündel beschlossen und umgehend umgesetzt. Die getroffenen Maßnahmen sowie die Neuregelungen im Hinblick auf die verstärkten Kontrollen der Transplantationszentren haben zu mehr Transparenz im Transplantationsgeschehen in Deutschland beigetragen.

Rheinland-Pfalz hat dabei maßgeblich an den Gesetzesänderungen 2012 und 2013 mitgewirkt. Die Landesregierung engagiert sich darüber hinaus auch auf der Bundesebene intensiv für die Belange der Organspende. Rheinland-Pfalz vertritt die Länder in der richtliniengebenden Ständigen Kommission Organtransplantation (StäKO) nach § 16 des Transplantationsgesetzes (TPG) sowie in der Prüfungs- und Überwachungskommission nach §§ 11 und 12 TPG, die seit der Novellierung des Transplantationsgesetzes im Jahr 2012 eine gesetzliche Überwachungskompetenz hat, verdachtsunabhängige Prüfungen der Transplantationszentren durchzuführen.

Die beiden Transplantationszentren in Rheinland-Pfalz sind gut aufgestellt. Bereits vor Aufdeckung der Manipulationsfälle waren dort ein Sechs-Augen-Prinzip und Transplantationskonferenzen etabliert. Die Prüfungen des Leber-, Niere- und Bauchspeicheldrüsen Transplantationsprogrammes an der Universitätsmedizin Mainz sowie des Niere- und Bauchspeicheldrüsen Transplantationsprogrammes am Westpfalz-Klinikums Kaiserslautern hat erwartungsgemäß keine Hinweise auf Verstöße ergeben.



2. Unterstützung der Transplantationsbeauftragten

Mit der Novellierung des Transplantationsgesetzes im Jahr 2012 wurden die Entnahmekrankenhäuser durch § 9 b TPG verpflichtet, jeweils mindestens einen Transplantationsbeauftragten zu bestellen. In Rheinland-Pfalz sind Transplantationsbeauftragte bereits durch das Landesgesetz zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AGTPG) vom 30. November 1999 in Krankenhäusern mit Intensivstation gesetzlich vorgeschrieben.

Die Landesregierung hat im August 2013 entsprechend § 9a Abs. 1 TPG alle 82 Entnahmekrankenhäuser in Rheinland-Pfalz gegenüber der Koordinierungsstelle nach § 11 TPG als „Entnahmekrankenhaus“ benannt. Anschließend hat das Ministerium die entsprechenden Krankenhäuser darüber informiert und auf das Angebot der curricularen Fortbildung durch die Akademie für ärztliche Fortbildung Rheinland-Pfalz gemeinsam mit der DSO-Region Mitte zur notwendigen Qualifikation der Transplantationsbeauftragten hingewiesen.

Die Vertragspartner der Selbstverwaltung haben Ende des Jahres 2014 auf der Bundesebene eine Vereinbarung über die Finanzierung der Transplantationsbeauftragten in den Entnahmekrankenhäusern in Deutschland unterzeichnet. Nach dieser Vereinbarung wurde für das Jahr 2014 zur Finanzierung der Transplantationsbeauftragten ein Betrag von 12 Mio. Euro bereitgestellt, der im laufenden Jahr 2014 über die DSO-Pauschale an die Krankenhäuser ausgezahlt wurde. In den Jahren 2015 und 2016 wird dieser Betrag auf jeweils 18 Mio. Euro erhöht.

In der Region Mitte (Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland) haben sich im Jahr 2014 insgesamt 77,4 Prozent der Entnahmekrankenhäuser auf das Schreiben der DSO zurückgemeldet, um die Finanzierung abzurufen. Die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz haben auf diese Weise 603.424 Euro zur Finanzierung ihrer Transplantationsbeauftragten erhalten.



3. Initiative Organspende

Die Landesregierung ist gemeinsam mit ihren Partnerinnen und Partnern der „Initiative Organspende Rheinland-Pfalz“ auf vielfältige Weise tätig, um für die Bedeutung der Organspende zu sensibilisieren und die Bereitschaft zur Spende zu steigern. Sie setzt dabei, zusätzlich zur Informationskampagne der Krankenkassen („Entscheidungslösung“), auf öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen, um die Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeiten der Organspende aufzuklären.

Im Jahr 2013 hat die Initiative Organspende Rheinland-Pfalz ihre neue Kampagne „*Let the beat go on - Entscheide Dich*“ gestartet. Mit ihr möchte sie insbesondere die jungen Menschen ansprechen und sie dazu bewegen, eine Entscheidung zu treffen und diese in einem Organspendeausweis zu dokumentieren.

Die Initiative Organspende Rheinland-Pfalz war im letzten Jahr mit über 30 Vortrags- und Informationsveranstaltungen im Land unterwegs und hat über Fragen rund um die Organspende und Transplantation informiert. Die Wanderfotoausstellung „*Herz verschenken*“ war im Jahr 2014 an rund 20 Ausstellungsorten unterwegs.

Die Landesregierung dankt allen, die sich in Rheinland-Pfalz für Organspende und Organtransplantation engagieren, insbesondere den Selbsthilfegruppen, Initiativen und Verbänden sowie den Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern.